

Gerichtliche Durchsetzung der Menschenrechte wichtig für Solidarität in der Gesellschaft



Der diesjährige Business Ethics Summit, die Jahrestagung des DNWE, die am 9. und 10. Juni in Kooperation mit der Schader-Stiftung in Darmstadt stattfand und den Titel: "Solidarität 3.0 - Fundament für gesellschaftliches und wirtschaftliches Handeln heute?" trug, wurde thematisch mit der Keynote von Professorin Dr. Dr. h. c. Angelika Nußberger eröffnet. Vor ca. 140 Mitgliedern des DNWE und Gästen zeigte sie auf, wie Solidarität als "Brüderlichkeit" (fraternité) eine der Grundlagen der Menschenrechtsbewegung in Frankreich des 18. Jahrhunderts war. Sie hat jedoch in der europäischen Tradition nicht die gleiche Bedeutung erlangt wie "Freiheit" und "Gleichheit". Ansatzpunkte für die zwischenmenschliche Solidarität finden sich in Religion, Moralphilosophie und Psychologie. Im Verhältnis Staat zu Individuum finden wir eher "institutionelle Solidarität", wie sie insbesondere im Sozialstaatsmodell deutlich wird.

Das Menschenrechtsmodell geht grundlegend vom "Einzelnen" aus und bezieht die Verbindungen zu "Anderen" nicht ein. Anhand eines praktischen Falls zeigte Professorin Nußberger jedoch auf, wie die Rechtssprechung zu Menschenrechtsverletzungen die Solidarität in der Gesellschaft dennoch fördern könne. Hier sei insbesondere die Publizität wirksam, die mit Prozessen hergestellt würde, in denen anhand individueller Schicksale allgemeine Missstände in das öffentliche Bewusstsein kämen.

Die vollständige Rede finden Sie [hier](#).

Neben der Schader-Stiftung danken wir der Karl Schlecht Stiftung und dem Projektbüro Reformationsdekade der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau für die Unterstützung der Veranstaltung.

Bild: Professorin Dr. Dr. h. c. Angelika Nußberger